

Niederschrift

über die 20. Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am Mittwoch, dem 27.10.2021, 17:00 Uhr, im Ratssaal, Eingang Schillerstraße

Anwesend:

Vorsitz

Oberbürgermeister Dr. Marold Wosnitza

Stadtvorstand

Bürgermeister Christian Gauf Beigeordnete Christina Rauch

Ausschussmitglieder

Herbert Beckmann (stellvertretend für Ausschussmitglied Gensch)

Harald Heinz-Peter Benoit Barbara Danner-Schmidt

Kurt Dettweiler Bernhard Düker Verena Ecker Rolf Franzen

Klaus Fuhrmann (stellvertretend für Ausschussmitglied Wendel)

Ingrid Kaiser

Gerhard Maurer (stellvertretend für Ausschussmitglied Moulin)

Dr. Norbert Pohlmann Walter Rimbrecht Gertrud Schiller Sara-Kim Schneider

Protokollführung

Anna Weber

von der Verwaltung

Hans-Joachim Altvater Werner Brennemann Christine Brunner Dr. Annegret Bucher Benedikt Burkey Thomas Deller Dr. Julian Dormann

Martin Gries Rudolf Hartmann Jens John Natalia Jörg Jutta Klein Jeremias Krebs Christian Michels

Gäste

Ralf-Peter Ludwig

(ETL Mitteldeutschland GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft)

Abwesend:

<u>Ausschussmitglieder</u>

Falk Dettweiler Dr. Christoph Gensch Stéphane Moulin Theresa Wendel

Tagesordnung

- 1 Einrichtung Festhalle Zweibrücken 2020
 - 1. Feststellung des Jahresabschlusses 2020 gem. § 27 Abs. 2 EigAnVO
 - 2. Entlastung des Oberbürgermeisters für den Jahresabschluss 2020 gem. § 37 Abs. 1 EigAnVO
 - 3. Bestellung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für die Pflichtprüfung des Jahresabschlusses 2021 gem. \S 89 Abs. 2 GemO

Vorlage: 20/2174/2021

2 Stadtwerke Zweibrücken GmbH und Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH: Transfer der Bädersparte zur Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH auf Grund § 14 Abs. 2 KStG; einhergehend: Kaufvertragsabschluss, Vorkaufsrechtsverzicht, Änderung der Gesellschaftsverträge, Nachtrag zum Konsortialvertrag, Aufhebung und Neufassung des Gewinnabführungsvertrages und neue Gesellschaftervereinbarung

Vorlage: 20/2168/2021

3 Vergabeangelegenheit:

Neubau Quartierstreff mit kleinem Multifunktionsraum an der Ecke Masurenstraße / Allensteinstraße;

Vergabe der Innen- und Außenputzarbeiten

Vorlage: 60/2185/2021

4 Vergabeangelegenheit:

Digitalpakt Schule: Beschaffung aktiver Netzwerkkomponenten

Vorlage: 10/2187/2021

5 ÖPNV:

Anpassung der VRN-Konzessionsverträge zum Ausgleich der pandemiebedingten Mindereinnahmen sowie zur Umsetzung des Rheinland-Pfalz-Index

Vorlage: 60/2188/2021

6 Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO, Annahme von Spenden

Vorlage: 10/2169/2021

7 Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr. Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

Der Vorsitzende informiert darüber, dass die vom ZEF geforderte Stellungnahme zum Areal Steitzhof erfolgt sei.

Punkt 1: Einrichtung Festhalle Zweibrücken 2020 (öffentlich)

1. Feststellung des Jahresabschlusses 2020 gem. § 27 Abs. 2

EigAnVO

2. Entlastung des Oberbürgermeisters für den Jahresabschluss 2020 gem. § 37 Abs. 1 EigAnVO

3. Bestellung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für die

Pflichtprüfung des Jahresabschlusses 2021 gem. § 89 Abs. 2 GemO

Vorlage: 20/2174/2021

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Herr Ralf-Peter Ludwig, ETL Mitteldeutschland GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, hält eine Präsentation, in der er den Jahresabschluss erläutert.

Nach kurzer Aussprache macht der Haupt- und Personalausschuss dem Stadtrat einstimmig folgenden

Beschlussvorschlag:

1. Feststellung des Jahresabschlusses 2020 der Einrichtung Festhalle Zweibrücken gem. § 27 Abs. 2 EigAnVO:

Die Bilanzsumme beträgt 9.519.009,01 €.

Die Jahreserfolgsrechnung für das Wirtschaftsjahr 2020 schließt mit folgendem Ergebnis ab:

-766.114,53 € Jahresverlust.

Der Jahresverlust wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Der kassenwirksame Verlustanteil von 332.952,44 € für das Wirtschaftsjahr 2020 wird im Wirtschaftsjahr 2021 ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	14
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 14 Mitglieder teil.

Der Vorsitzende übergibt das Wort für den folgenden Beschlussvorschlag an den Bürgermeister.

Ohne Aussprache macht der Haupt- und Personalausschuss dem Stadtrat einstimmig folgenden

Beschlussvorschlag:

2. Dem Oberbürgermeister der Stadt Zweibrücken wird für den Jahresabschluss 2020 der Einrichtung Festhalle Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	14
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 14 Mitglieder teil.

Der Vorsitzende übernimmt das Wort und bedankt sich bei Herrn Ludwig.

Nachdem Herr Ludwig den Sitzungsraum verlassen hat, macht der Haupt- und Personalausschuss dem Stadtrat ohne Aussprache einstimmig folgenden

Beschlussvorschlag:

3. Zur Abschlussprüfung für den Jahresabschluss 2021 der Einrichtung Festhalle wird die die WIKOM AG, Frankfurt am Main, bestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	14
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 14 Mitglieder teil.

Verteiler:

Punkt 2: (öffentlich)

Stadtwerke Zweibrücken GmbH und Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH:

Transfer der Bädersparte zur Stadtwerke Zweibrücken Service

GmbH auf Grund § 14 Abs. 2 KStG; einhergehend:

Kaufvertragsabschluss, Vorkaufsrechtsverzicht, Änderung der

Gesellschaftsverträge, Nachtrag zum Konsortialvertrag,

Aufhebung und Neufassung des Gewinnabführungsvertrages und

neue Gesellschaftervereinbarung

Vorlage: 20/2168/2021

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ausschussmitglied Franzen, CDU, bemängelt, dass der § 12 Abs. 2 q) des alten Gesellschaftsvertrages in dem neuen Vertrag gestrichen wurde, da dem Aufsichtsrat dadurch Kompetenzen genommen werden.

Herr Brennemann, Stadtwerke, erläutert, dass die Streichung aufgrund des schwierigen Arbeitsmarktes erfolgt sei und dass man so schnellere Personalentscheidungen treffen könne. Die Vorstellung in einem Aufsichtsrat würde viele Bewerber zudem abschrecken.

Ausschussmitglied Franzen, CDU, ist der Meinung, dass man bei dringenden Personalentscheidungen eine Sondersitzung des Aufsichtsrates einberufen könne. Er kritisiert außerdem, dass diese Änderungen dem Aufsichtsrat nicht vorgelegt worden seien.

Herr Brennemann, Stadtwerke, bestätigt, dass dem Aufsichtsrat nur die Endversion der Verträge vorgelegt worden sei.

Der Vorsitzende ergänzt, dass es sich bei den genannten Personalentscheidungen nicht um Führungskräfte handele und dass die Vorstellung im Aufsichtsrat den Prozess in die Länge ziehe. Er stellt sich zudem die Frage, wie Herr Franzen an diese Informationen gelangt sei, da Entscheidungen im Aufsichtsrat nichtöffentlich getroffen werden.

Herr Dr. Dormann, Kämmerei, weist darauf hin, dass es hier ausschließlich um die Vertragsanpassung aufgrund des Bädertransfers ginge und dass dem Haupt- und Personalausschuss in der Vorlage eine tabellarische Aufstellung der Änderungen präsentiert worden sei.

Ausschussmitglied Rimbrecht, SPD, ist der Meinung, dass dies Sache des Aufsichtsrates sei und nicht im Haupt- und Personalausschuss diskutiert werden solle. Er stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung.

Ausschussmitglied Kaiser, FDP, kritisiert ebenfalls, dass dem Aufsichtsrat nur die Endversion der Verträge vorgelegt worden sei.

Die Abstimmung über den Antrag zur Geschäftsordnung führt zu folgendem

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	6
Enthaltung:	2

Im Anschluss gibt es keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Im Anschluss macht der Haupt- und Personalausschuss dem Stadtrat folgende

Beschlussvorschläge:

1. Dem als <u>Anlage 2</u> beigefügten Entwurf des Kaufvertrages über die Bädersparte zwischen der Stadtwerke Zweibrücken GmbH und der Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH wird zugestimmt.

Auf die Ausübung des gemäß Kaufvertrag vom 6. August 2019 zu Gunsten der Stadt Zweibrücken bestehenden Vorkaufsrechtes für das Freibad wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	14
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 14 Mitglieder teil.

2. Den als <u>Anlagen 3-6</u> beigefügten Entwürfen der Gesellschaftsverträge der Stadtwerke Zweibrücken GmbH und der Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH sowie dem Nachtrag Nr. 3 zum Konsortialvertrag gemäß <u>Anlage 7</u> wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	8
Nein:	6
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 14 Mitglieder teil.

3. Den als <u>Anlagen 8 und 9</u> beigefügten Entwürfen des Aufhebungsvertrages zum bestehenden Gewinnabführungsvertrag und der Neufassung des Gewinnabführungsvertrages wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	14
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 14 Mitglieder teil.

4. Dem Entwurf der ergänzenden Gesellschaftervereinbarung gemäß Anlage 12 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	14
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 14 Mitglieder teil.

5. Der Stadtrat weist den Oberbürgermeister an (§ 88 Abs. 1 S. 6 GemO), in Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat der Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH, in Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat der Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH sowie im Verwaltungsrat des Umwelt- und Servicebetriebs Zweibrücken allen erforderlichen Beschlüssen zur Umsetzung der Ziffern 1.-4. zuzustimmen.

Falls sich wegen Hinweisen des Notars oder aus anderen Gründen Änderungen an den Vertragswerken als notwendig erweisen sollten, wird der Oberbürgermeister hiermit ermächtigt, den Änderungen zuzustimmen, soweit dadurch die wesentlichen Inhalte nicht verändert werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	14
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 14 Mitglieder teil.

Verteiler:

20

30

Punkt 3: Vergabeangelegenheit:

(öffentlich) Neubau Quartierstreff mit kleinem Multifunktionsraum an der

Ecke Masurenstraße / Allensteinstraße; Vergabe der Innen- und Außenputzarbeiten

Vorlage: 60/2185/2021

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Er weist darauf hin, dass in der Vorlage zwei Fehler aufgetreten seien. Zunächst handele es sich um die Bieter A bis E, was bei der Bieterreihenfolge falsch dargestellt worden sei. Außerdem liegt dieser Vergabeangelegenheit eine beschränkte Ausschreibung, und keine öffentliche Ausschreibung, zugrunde.

Ohne Aussprache fasst der Haupt- und Personalausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Die erforderlichen Innen- und Außenputzarbeiten für den Neubau Quartierstreff mit kleinem Multifunktionsraum an der Ecke Masurenstraße / Allensteinstraße werden an die Firma R+W Müller GmbH, Johann-Strauß-Str. 1 aus 66497 Contwig zum Angebotspreis von 58.899,17 €/brutto vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	14
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 14 Mitglieder teil.

Verteiler:

60

Punkt 4: Vergabeangelegenheit:

(öffentlich) Digitalpakt Schule: Beschaffung aktiver Netzwerkkomponenten

Vorlage: 10/2187/2021

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ausschussmitglied Rimbrecht, SPD, lobt die Tatsache, dass das Land das Projekt mit 90 % fördere.

Im Anschluss fasst der Haupt- und Personalausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Beschaffung neuer aktiver Netzwerkkomponenten der Firma Cisco Meraki inklusive der dazugehörigen Lizenzen über die Firma Deutsche Telekom über den Rahmenvertrag des Landes wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	14
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 14 Mitglieder teil.

Verteiler:

10

40

III

Punkt 5: ÖPNV:

(öffentlich) Anpassung der VRN-Konzessionsverträge zum Ausgleich der

pandemiebedingten Mindereinnahmen sowie zur Umsetzung des

Rheinland-Pfalz-Index Vorlage: 60/2188/2021

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und die ergänzende Tischvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt.

Die Beigeordnete erläutert den Sachverhalt und weist daraufhin, dass es eine ergänzende Tischvorlage gibt, da sich die Mehrkosten durch den kommunalen Anteil am Rheinland-Pfalz-Index verringert haben.

Frau Klein, Bauamt, erklärt, dass ein Beschluss erfolgen müsse, um den VRN dazu zu ermächtigen, einen Sammelantrag für alle rheinland-pfälzischen Aufgabenträger zu stellen.

Ausschussmitglied Dr. Pohlmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, möchte wissen, warum drei andere Verkehrsverbunde ihre Zustimmung unmittelbar erteilt haben. Er fragt, warum dies der VRN nicht getan habe und ob dies die darauffolgenden Streiks verhindert hätte.

Die Beigeordnete erklärt, dass damals noch nicht klar gewesen sei, wie hoch die Beteiligung der Kommunen bzw. der Aufgabenträger an den Mehrkosten sei.

Frau Klein, Bauamt, ergänzt, dass die Zahlen erst am 8. Oktober und die Korrektur der Zahlen erst heute, am 27. Oktober, mitgeteilt worden seien. Die Gründe für die späte Lieferung der Zahlen seien unklar.

Ausschussmitglied Dr. Pohlmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, betont, dass seine Partei keine Alternative sehe und man den ÖPNV strukturell und konzeptionell, auch im Sinne des Klimaschutzes, weiterentwickeln müsse. Er merkt an, dass auch der Bund seinen Beitrag hierzu leisten solle.

Ausschussmitglied Franzen, CDU, bezieht sich auf die Frage von Ausschussmitglied Dr. Pohlmann und erklärt, dass der VRN auf die Rückmeldung seiner Mitglieder warte, bevor er der Tragung der Mehrkosten zustimme.

Außerdem weist er darauf hin, dass die pandemiebedingten Mindereinnahmen wahrscheinlich auch im kommenden Jahr aufgefangen werden müssen.

Im Anschluss fasst der Haupt- und Personalausschuss folgenden

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss stimmt der im Sachverhalt dargestellten Ergänzung der VRN-Konzessionsverträge zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	13
Nein:	0
Enthaltung:	1

An der Abstimmung nahmen 14 Mitglieder teil.

Verteiler:

60

III

Punkt 6: Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO, Annahme von Spenden

(öffentlich) Vorlage: 10/2169/2021

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Haupt- und Personalausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Annahme der o.g. Spenden wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	14
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 14 Mitglieder teil.

Verteiler:

10.2.1

20 - Kasse

41

<u>Punkt 7:</u> Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse (öffentlich)

Dem Stadtrat wird empfohlen, einer Höhergruppierung zuzustimmen.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwum 17:43 Uhr.	esenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung
Der Vorsitzende	Die Schriftführer
Oberbürgermeister Dr. Marold Wosnitza	Christine Brunner
	Anna Weber